

Der kranke Mann Europas

Diagnose und Therapie der deutschen Krankheit

von Hans-Werner Sinn

Was ist nur geschehen? Mut und Fortune scheinen Deutschland verlassen zu haben. Die Wirtschaft stagniert, die Hiobsbotschaften häufen sich. Monat für Monat gibt es neue Pleitenrekorde, viele Unternehmen stecken in einer schweren Krise, die Arbeitslosigkeit nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an, und dennoch drängen die Armen der Welt in unser Land. Ein europäischer Nachbar nach dem anderen zieht beim Pro-Kopf-Einkommen an uns vorbei. Deutschland ist der kranke Mann Europas, ist nur noch Schlusslicht beim Wachstum, außerstande, mit seinen Nachbarn mitzuhalten. War da nicht einmal ein Wirtschaftswunder? Das muss lange her sein. Wunder gibt es heute anderswo.

Der Tanz auf dem Vulkan aber geht weiter. Beim Tourismus bleiben die Deutschen Weltmeister, und ihre Kreuzfahrtschiffe durchpflügen die Ozeane trotziger denn je. Das Rentensystem wird verteidigt, obwohl Kinder, die es finanzieren könnten, fehlen. Die jungen Leute haben den Kinderwagen gegen den Zweitwagen eingetauscht. Verliebt sein und vom Glück träumen

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, geb. 1948, lehrt seit 1984 Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München; seit 1999 ist er Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung e.V. in München.

will jeder, doch Kinder kommen in den Träumen immer seltener vor. Die Rente kommt vom Staat, und der Strom kommt aus der Steckdose.

Die Regierung beginnt nun zaghaft mit ersten Reformen des Sozialsystems, aber sie wird aus den eigenen Reihen gebremst, weil die meisten Bürger die Notwendigkeit drastischer sozialer Reformen nicht sehen. Eine Regierung kann sich immer nur so weit vorwagen, wie die Wähler es verstehen. Sie kann nicht darüber hinwegsehen, dass etwa 40 Prozent der Wähler ihr hauptsächliches Einkommen als Sozialleistung der einen oder anderen Form vom Staat bekommen und dass die Steuerzahler in der Minderheit sind. Sie kann soziale Einschnitte nur wagen, wenn sie den Bürgern klar machen kann, dass sonst das ganze Gemeinwesen absackt und dass selbst die scheinbar vom Sozialstaat begünstigten Personen zu den Verlierern gehören werden.

Hier soll versucht werden, zu dieser Einsicht beizutragen und klarzumachen, warum die Reformen noch sehr viel weiter gehen müssen als das, was bislang angedacht ist, wenn Deutschlands Volkswirtschaft eine Zukunft haben soll.

Das zentrale Problem der deutschen Volkswirtschaft ist die Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit bedeutet nicht nur einen Verlust an Sozialprodukt, sondern ist ein sozialer Sprengsatz, der, wenn er erst einmal gezündet

wird, größten Schaden anrichten kann.

Die heutige Arbeitslosigkeit hat sich im Laufe der letzten 30 Jahre allmählich aufgebaut. Sie zeugt von einem schleichenden Strukturproblem, nicht von einer plötzlichen Krise. Im Jahr 1970 hatte Deutschland nur 150 000 Arbeitslose. Im Jahr 2003 gab es 4,4 Millionen, und in diesem Jahr werden es 4,5 Millionen sein. Das sind nur die offiziellen Zahlen. Rechnet man die Frührentner und die stille Reserve der Arbeitswilligen hinzu, die sich aus Frust schon gar nicht mehr arbeitslos melden, kommt man in erweiterter Definition auf gut und gerne 7,4 Millionen Arbeitslose in Deutschland. Viel Arbeitslosigkeit wurde in der Vergangenheit in Frühverrentungsmodellen, ABM-Maßnahmen und sonst wo versteckt, aber vom Verstecken der Arbeitslosigkeit wird die Volkswirtschaft nicht gesunden.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist offenbar kein Konjunkturproblem. Selbst wenn wir in nächster Zeit einen Superboom mit einer hohen Auslastung des Produktionspotenzials bekämen, hätten wir nach offizieller Rechnung immer noch etwa vier Millionen Arbeitslose in Deutschland.

Das Schlusslicht

Wer nicht arbeitet, erzeugt kein Sozialprodukt und verdient kein Geld. Die Volkswirtschaft wächst nicht mehr, und die Nachfrage nach den Produkten des Unternehmenssektors bleibt gering.

Die deutsche Volkswirtschaft ist seit 1995 real nur noch um 10% gewachsen. Das ist der niedrigste Wert unter allen europäischen Staaten. Im Durchschnitt wuchs die Wirtschaft der Europäischen Union in der gleichen Zeitspanne um 18%. Frankreich wuchs mit fast demselben Tempo, nämlich mit 19%, und Großbritannien wuchs gar um 22%. Deutschland ist das Schlusslicht unter allen europäischen Ländern.

Der neue SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering hat Deutschlands Schlusslichtposition mit der Bemerkung bestritten, dass die deutsche Wachstumsrate deshalb so niedrig sei, weil wir bereits da seien, wo die anderen erst noch hinwollen. Europa sei in einem Konvergenzprozess begriffen, bei dem die armen Länder schneller wüchsen als die reichen. Da wir reich sind, sei es verständlich, dass die anderen, noch im Aufholprozess befindlichen Länder schneller wachsen als wir. Das ist eine schöne Theorie. Aber nicht alle schönen Theorien stimmen. Als Margaret Thatcher 1979 gewählt wurde, war Großbritanniens Pro-Kopf-Einkommen nur halb so groß wie das deutsche. In den achtziger Jahren krepelte sie das Land um, und in den neunziger Jahren kam dann der Aufschwung. Die Arbeitslosigkeit ging zurück, und das Wirtschaftswachstum beschleunigte sich so dramatisch, dass das Land im Jahr 2000 sogar Deutschland überholte.

Nun könnte man denken, dies läge einfach daran, dass die neuen Bundesländer mit ihrer nur geringen Produktivität unseren Durchschnitt rechnerisch nach unten ziehen. Aber auch

das stimmt nicht. Großbritannien hat sogar Westdeutschland überholt. Andere Länder sind noch nicht ganz so weit, doch den deutschen Durchschnitt übertreffen viele. So knallten im Jahr 2002 die Sektkorken im Elysée-Palast, als klar wurde, dass man Deutschland in diesem Jahr noch überholen würde. Frankreich hat zwar auch seine Probleme, aber es wächst schneller als unser Land und wird sich in den kommenden Jahren immer weiter von uns entfernen.

Auch eine Reihe kleinerer Länder hat uns in den letzten Jahren überholt. Dazu gehören zum Beispiel Finnland, die Niederlande, Österreich und vor allem Irland, der europäische Shootingstar, vor 30 Jahren noch das Armenhaus Europas. Besonders muss uns irritieren, dass die Österreicher nun an uns vorbeigezogen sind, denn lange hatten wir uns angewöhnt, auf die Nachbarn im Süden, die mit ihrem Austro-Sozialismus ganz offenkundig nicht zurechtkamen, herabzuschauen. Nun haben die Österreicher ihren ideologischen Ballast abgeschüttelt und schauen von ihren hohen Bergen mitleidsvoll auf uns herab.

Das alles ist ziemlich blamabel und gesellt sich zu anderen Hiobsbotschaften. Im Jahr 2002 haben wir mit 3,6% Neuverschuldung die Maastricht-Latte gerissen und uns zum Gespött der Länder Europas gemacht. 2003 ging das und 2004 geht das so weiter. Die finanziellen Zugeständnisse im EU-Haushalt, die wir den stabileren Ländern Europas werden anbieten müssen, um die vorgesehene Vertragsstrafe von etwa 15 Milliarden Euro zu vermeiden, werden nicht klei-

ner sein als die Strafe selbst. Die lange erstrebte Verringerung der deutschen Nettozahlungen können wir in den Wind schreiben.

Die Zahl der Wirtschaftspleitenden hat in den letzten Jahren mit beängstigender Geschwindigkeit zugenommen. Wir haben heute allein schon in Westdeutschland drei Mal so viele Konkurse wie vor zehn Jahren und fünf Mal so viele wie vor 25 Jahren. Die Zahl der Konkurse im Mittelstand wächst derzeit trotz der besser werdenden Konjunkturdaten noch exponentiell an. Die großen deutschen Banken wurden davon empfindlich getroffen, weil sie erhebliche Teile ihrer Kredite abschreiben mussten. Eine drastische Herabstufung durch die internationalen Rating-Agenturen war die bittere Folge. Die besten Adressen befinden sich heute nicht mehr in Deutschland.

Die neuen Bundesländer machen auch keine Freude. Seit 1997 wachsen sie langsamer als die alten. Die Lücke zwischen Ost und West wird prozentual größer statt kleiner. Es kann keine Rede davon sein, dass zusammenwächst, was zusammengehört. Von einem sich selbst tragenden Aufschwung keine Spur.

Zwar wächst die Industrie nach dem Kahlschlag durch die Treuhandanstalt prozentual schneller als im Westen, aber was da wächst, ist ein winziges Pflänzlein. Der Anteil der Industriebeschäftigten an allen privat Beschäftigten liegt in den neuen Ländern bei nur 15%, was weniger als die Hälfte des Wertes für die alten Länder ist. Die neuen Länder liegen noch nicht einmal auf dem Niveau des ita-

lienischen Mezzogiorno, wo 19% gemessen werden.

Die neuen Länder sind in Wahrheit eine deindustrialisierte Zone, die am Tropf des Westens hängt. Pro Jahr fließen schätzungsweise immer noch 85 Milliarden Euro über die öffentlichen Kassen in die neuen Länder, sei es in Form von Arbeitslosengeldern und Renten, sei es über den Länderfinanzausgleich oder durch Ausgaben des Bundes, die den neuen Ländern zu Gute kommen. Der Verbrauch an Gütern und Leistungen durch den Staat, die Investoren und die privaten Haushalte übersteigt die eigene Erzeugung um etwa 45%.

Das hat es in ähnlicher Größenordnung noch nie irgendwo in der Geschichte der Menschheit gegeben. Jeder dritte Euro, der in den neuen Ländern ausgegeben wird, kommt aus dem Westen. Von ihm sind 75 Cent geschenkt und 25 Cent geliehen. Das ist eine Entwicklung, die nicht mehr als nachhaltig bezeichnet werden kann, um ein neudeutsches Wort zu verwenden.

Bislang haben wir die Kosten der neuen Länder fast vollständig durch eine Zunahme der Staatsverschuldung gedeckt. So betrug die Kosten der Transfers in die neuen Länder von der Wiedervereinigung bis zum Ende des letzten Jahres circa 850 Milliarden Euro, und die Staatsschuld wuchs in der gleichen Zeit um etwa 770 Milliarden Euro. Der Fortsetzung dieser Politik ist aber wegen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts ein Riegel vorgeschoben.

Seit dem Jahr 2002 liegt die erlaubte Nettoneuverschuldung unter den

laufenden Zinsen für die aufgeblähte Staatsschuld. Die Zinslasten betragen in diesem Jahr 68 Milliarden Euro, die tatsächliche Neuverschuldung lag bei 76 Milliarden Euro, doch erlaubt war nur eine Neuverschuldung in Höhe von 63 Milliarden.

Wir sind heute schon die zukünftigen Generationen, die beim Schulden Thema immer beschworen werden. Wir müssen die kreditfinanzierten Sozialleistungen bezahlen, die die sozialliberale Koalition in den siebziger Jahren unter das Volk gebracht hat, und zusätzlich müssen wir für die kreditfinanzierten Sozialtransfers im Zuge der deutschen Vereinigung aufkommen. Eine weitere Lastenverschiebung in die Zukunft ist nicht mehr möglich. Die Zeche muss von nun an immer gleich beim Verzehr bezahlt werden.

Man denke nur an Pisa. Deutschland belegt bei den Sprach- und Mathematiktests der 15-Jährigen unter allen OECD-Ländern nicht einmal einen Mittelplatz. Weit abgeschlagen blamiert sich das Land der Dichter und Denker auch in einem Bereich, der früher einmal seine Domäne war und in dem ein gut Teil seines Selbstverständnisses begründet ist.

Zu allem gesellen sich die demographischen Probleme. Die Deutschen haben kaum noch Kinder; 100 deutsche Frauen bringen nur noch 135 Kinder zur Welt. 100 französische Frauen bringen demgegenüber 190 Kinder zur Welt. Etwa 40% der deutschen Akademikerinnen haben überhaupt keine Kinder mehr.

Die Deutschen altern deswegen schneller als fast alle anderen Völker.

In 30 Jahren werden wir doppelt so viele Alte relativ zu den Jungen haben wie heute. Unser Land vergreist. Die Innovationskraft lässt nach, die Unternehmer sterben aus, und die Rentenversicherung kommt in die Krise. Wenn wir den Beitragssatz und den prozentualen Bundeszuschuss konstant halten, fällt das Rentenniveau bis zum Jahr 2035 auf etwa die Hälfte des heutigen Wertes. Die meisten Renten werden dann unter der Sozialhilfe liegen. Auch durch eine Erhöhung des Rentenalters wird man daran nicht allzu viel ändern können. Altersarmut und Notstand sind programmiert.

Basar-Ökonomie

Die akute Gefährdung der Volkswirtschaft unseres Landes wird manchmal mit dem Hinweis auf die im letzten Jahr recht hohen deutschen Exportwerte in der internationalen Zahlungsbilanzstatistik heruntergespielt. Aber die Statistiken täuschen, denn sie nehmen keine Rücksicht darauf, welcher Anteil der Exporterlöse auf eine Wertschöpfung in Deutschland zurückzuführen ist. Der von Deutschland exportierte Audi, dessen Motor aus Ungarn kommt, wird zu 100% dem deutschen Export zugerechnet.

Dies führt zu einem wichtigen Thema, dem so genannten Outsourcing der Produktion nach Osteuropa, also der Verlagerung arbeitsintensiver Teile der Vorproduktkette. Diese Verlagerung wird durch die extrem niedrigen Löhne in diesen Ländern induziert, die in den neuen EU-Ländern

Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn in der Größenordnung von einem Sechstel der unsrigen liegen und in Rumänien und Bulgarien gar nur ein Siebzehntel ausmachen.

Was Asien für die deutsche Großindustrie war, als sie den deutschen Lohnkosten auswich, ist Osteuropa für den Mittelstand. Die geographischen und kulturellen Abstände zu uns sind klein genug, um das Engagement im Osten zu überschaubaren Rüstkosten wagen zu können. Wer in dem immer schärfer werdenden Wettbewerb auf den Weltmärkten überleben will, muss heute die arbeitsintensiven Teile der Vorproduktkette in Niedriglohnländer verlagern, und das tun die deutschen Firmen in zunehmendem Maße.

In Deutschland wird zwar noch die Endmontage der Industrieprodukte durchgeführt, aber der Anteil der Wertschöpfung, der in unserem Lande anfällt, also der Anteil der Löhne und Kapitaleinkommen am Wert der Fertigwaren, der auf Deutschland entfällt, wird immer kleiner. Deutschland entwickelt sich allmählich in die Richtung einer Basar-Ökonomie, die die Weltmärkte mit den Waren bedient, die wir in unserem osteuropäischen Hinterland produzieren lassen.

Zugegeben, der Begriff der Basar-Ökonomie ist eine Karikatur, aber er ist eine Karikatur, die der Wirklichkeit schneller näher kommt, als viele es glauben wollen. Ein Blick auf die Statistik ist hier nützlich. Sie zeigt, dass etwa von 1995 an eine umfassende Entkoppelung von Industrieproduktion und realer Wertschöpfung statt-

gefunden hat, während sich beide Werte vorher ziemlich parallel entwickelten. So stieg die reale Industrieproduktion seit dem ersten Quartal 1995 bis zum ersten Quartal dieses Jahres um 15%, doch die reale Wertschöpfung in der deutschen Industrie nahm nur um 5% zu. Offenbar entfiel der Löwenanteil des industriellen Produktionswachstums, das unsere Statistiken verzeichnen, auf die Zunahme der ausländischen Vorleistungen, die von der Industrie eingekauft wurden. Es passt in dieses Bild, dass die Industriebeschäftigung im gleichen Zeitraum um 10% fiel.

Durch das Outsourcing bleiben die deutschen Firmen wettbewerbsfähig. Sie können ihre Weltmarktpositionen einigermaßen verteidigen. Was dabei jedoch nicht wettbewerbsfähig bleibt, sind die deutschen Arbeitsplätze. Sie werden mit hohem Tempo abgebaut. Die deutschen Firmen bleiben wettbewerbsfähig, und der deutsche Export bleibt stark, doch die deutschen Arbeitnehmer haben ihre Wettbewerbsfähigkeit bereits verloren. 4,5 Millionen Deutsche sind arbeitslos. 4,5 Millionen Deutsche sind nicht mehr wettbewerbsfähig.

Teurer – und besser?

Ob man wettbewerbsfähig ist, hängt davon ab, wie gut man ist und wie teuer man ist. Das gilt für eine Firma genauso wie für einen Menschen, der seine Arbeitskraft anbietet. Ob wir noch sehr viel besser als unsere Wettbewerber sind, kann man nach Pisa bezweifeln. Auf jeden Fall

sind wir aber sehr viel teurer. Deutschland hat mit der Ausnahme von Norwegen heute die höchsten Stundenlohnkosten für Industriearbeiter auf der ganzen Welt. Selbst die anderen skandinavischen Länder und die USA haben deutlich niedrigere Lohnkosten. Und Norwegen kann sich den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit bei der Industrieproduktion leisten, weil es vom Verkauf seiner Bodenschätze lebt. Das Land kann für uns kein Maßstab sein.

Wenn es den Euro nicht gegeben hätte, der Deutschland seines Zinsvorteils gegenüber den anderen Ländern beraubt hat; wenn es den europäischen Binnenmarkt nicht gegeben hätte, der uns den Vorteil der Größe des eigenen Marktes genommen hat; wenn es die Globalisierung mit der Niedriglohnkonkurrenz aus Fernost nicht gegeben hätte; wenn der Eiserne Vorhang nicht gefallen wäre, der uns in Osteuropa unmittelbar vor der eigenen Haustür eine neue Niedriglohnkonkurrenz beschert hat ... ja, wenn das Wörtchen „wenn“ nicht wäre, dann hätten wir die höchsten Stundenlohnkosten auf der Welt vermutlich verteidigen können und wir bräuchten keine Abstriche an unserem Wohlfahrtsstaat vorzunehmen. Aber diese Spekulation ist müßig. Die Welt hat sich nun einmal in den letzten beiden Jahrzehnten dramatisch verändert, und das müssen wir so hinnehmen, wie es ist. Da hilft kein Lamentieren, sondern nur ein beherztes Reagieren.

Wir stehen heute wieder in einer ähnlichen Situation wie zur Zeit *Bismarcks*, vor 120 Jahren, als Deutsch-

land die großen Sozialreformen durchführte, die dann von vielen Ländern nachgemacht wurden. Deutschland hat den Sozialstaat weiter entwickelt als andere Länder, und es spürt seine Rückwirkungen heftiger als sie. Es ist heute an der Zeit, den Sozialstaat nachzujustieren, um ihn an die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Wenn wir beherzt vorgehen, wird unser Gemeinwesen wieder gesunden. Wenn wir uns aufraffen, die Reformen jetzt durchzusetzen, wird Wachstum und Wohlstand in dieses Land zurückkehren.

Mehr Geld für Bildung

Was muss geschehen? Sicher, wir müssen besser werden. Eine Bildungs-offensive muss nun endlich kommen. Es geht nicht an, dass wir anteilig zum Sozialprodukt noch nicht einmal so viel Geld für die öffentliche Bildung ausgeben wie die USA und deutlich unter dem OECD-Durchschnitt liegen. Es geht nicht an, dass wir mit unseren Halbtagsschulen die Möglichkeit vergeben, wertvolles Humankapital zu bilden, obwohl die ganze Welt Ganztagschulen hat. Es geht nicht an, dass wir die Schüler bereits im Alter von zehn Jahren sortieren und damit viele Talente übersehen, die in den unteren Bevölkerungsschichten schlummern. Es geht nicht an, dass unsere Hochschulen als bürokratische Einrichtungen, die ihr Geld nur vom Staat bekommen, am gegenseitigen Wettbewerb gehindert werden.

Hier muss viel passieren, aber so energisch wir die notwendigen Refor-

men auch in Angriff nehmen: Bis neu ausgebildete Schüler- und Studentengenerationen in nennenswerter Zahl auf den Arbeitsmärkten in Erscheinung treten, werden mindestens zwei Jahrzehnte vergehen. Bis dahin wird die deutsche Volkswirtschaft in die Knie gegangen sein, wenn wir nicht zugleich billiger werden.

Keine „DDR-light“

Billiger zu werden, ist nicht angenehm, denn was die Arbeitsplätze in Deutschland teuer macht, sind unser eigener Lohn und das Transfereinkommen, das wir, finanziert aus den Sozialabgaben, vom Staat erhalten. Aber dennoch müssen wir uns bewegen.

Billiger können wir werden, wenn die Steuern und Sozialabgaben fallen. Dazu muss der Sozialstaat zurückgeschraubt werden. Es ist ein Unding, wenn der Staat von der Summe aller Bruttoeinkommen, die in Deutschland verdient werden, bereits mehr als die Hälfte, nämlich genau 57%, für seine Zwecke absorbiert. Wenn wir auf einer Skala, die von null bis hundert reicht, null als die reine Marktwirtschaft und hundert als den reinen Kommunismus bezeichnen, stehen wir in Deutschland dem Kommunismus offenbar schon näher als der Marktwirtschaft. „DDR-light“ hat Arnulf Baring dazu gesagt.

Der Vergleich muss erschrecken, denn er entspricht nicht unserem Selbstverständnis. Mit dem Kommunismus wollen wir ja nun wirklich nichts mehr zu tun haben. Aber die Zahl stimmt nun einmal: 57% sind

mehr als die Hälfte. Wenn diese Zahl nicht zur Staatsräson passt, dann sollte man entweder ehrlich sein und die Staatsräson ändern, oder man sollte die Staatsräson behalten und die Zahl ändern, was im Zweifel der bessere Weg wäre.

Natürlich müssen wir dabei auch andere Ausgaben des Staates zurücknehmen, vor allem die Subventionen, die in der Marktwirtschaft eigentlich gar nichts zu suchen haben. Die Kohlesubventionen sind teurer, als wenn wir die Kumpel ganzjährig in einem Hotel auf Mallorca unterbringen. Die Agrarsubventionen haben unsere landwirtschaftlichen Betriebe zu stinkenden Agrarfabriken gemacht, die die Landschaft verschandeln. Und mit den steuerlichen Abschreibungsvergünstigungen für Investitionen in die Filmindustrie Hollywoods haben wir der deutschen Filmindustrie das Leben schwerer gemacht. Die Liste des Unsinnns lässt sich beliebig verlängern.

Die deutsche Krankheit

Aber die bloßen Kostensenkungen beim Staat reichen nicht. Wir müssen den Sozialstaat auch so reformieren, dass er besser mit der privaten Wirtschaft harmoniert. Selbst dann, wenn der Sozialstaat vom lieben Gott bezahlt würde statt durch die Sozialabgaben und Steuern der Bürger, würde er nämlich Arbeitslosigkeit erzeugen. Der einfache Grund ist, dass der Sozialstaat sein Geld als Lohnersatz zur Verfügung stellt. Ob wir an das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosenhilfe, die Sozialhilfe

oder Frühverrentungsmodelle denken – immer fließt das staatliche Geld genau dann, wenn man nicht arbeitet, und hört in dem Maße auf zu fließen, wie man es tut.

Der Sozialstaat gebärdet sich wie ein Konkurrent der privaten Wirtschaft auf den Arbeitsmärkten, der die Lohnansprüche hochtreibt, indem er ansprechende Ersatzeinkommen für das Nichtstun anbietet. Zwischen der Hochlohnkonkurrenz des Sozialstaates zu Hause und der Niedriglohnkonkurrenz auf den Absatzmärkten der Welt wird die deutsche Wirtschaft allmählich zerrieben. Das ist der eigentliche Grund für die deutsche Misere.

Besonders problematisch ist in dieser Hinsicht die Sozialhilfe, denn sie zieht eine Lohnuntergrenze in die Tarifstruktur ein, die alle Tariflöhne, wie die Falten im Balg einer Ziehharmonika, von unten her hochdrückt, umso mehr, je niedriger die Qualifikationsstufe ist. Die Sozialhilfe ist in den 30 Jahren von 1970 bis 2000 um 450% gestiegen, während der Industriearbeiterlohn, der im internationalen Vergleich selbst bereits ungewöhnlich rasch zunahm, um 350% stieg. Wegen der Niedriglohnkonkurrenz auf den Absatzmärkten hätte sich die Lohnskala in dieser Zeit eigentlich nach unten hin weiter öffnen müssen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden, doch die Sozialhilfe hat diese Skala stattdessen immer weiter zusammengestaucht.

Dies ist der Grund dafür, dass sich die Arbeitslosigkeit unter den gering Qualifizierten konzentriert. 40% der offiziell Arbeitslosen haben keinen Berufsabschluss und keine höhere

Schulbildung, und in einem weiteren Sinne sind sogar weit über die Hälfte der Arbeitslosen als gering qualifiziert anzusehen. Wenn man die Arbeit der gering Qualifizierten durch die Lohnkonkurrenz des Staates künstlich verteuert, ist die Arbeitslosigkeit unausweichlich.

Manchmal wird gesagt, die Arbeitslosigkeit der gering Qualifizierten sei quasi naturgesetzlich, als Folge des technischen Fortschritts über uns hereingebrochen und hätte deshalb die einfache Arbeit vernichtet. Diese These ist falsch, weil sie nicht berücksichtigt, dass die Rationalisierungsentscheidungen der Unternehmen von der Lohnhöhe abhängen. Roboter werden nur dann eingesetzt, wenn sie billiger als die menschliche Arbeit sind.

Wenn die These vom exogenen technischen Fortschritt richtig wäre, hätte sich die Arbeitslosigkeit unter den gering Qualifizierten auch in den anderen entwickelten Ländern so erhöhen müssen wie in Deutschland. Das aber ist nicht der Fall. Wir sind, was wenig bekannt ist, in der OECD-Statistik Weltmeister bei der Arbeitslosigkeit unter den gering Qualifizierten. Die Arbeitslosigkeit der gering Qualifizierten ist die eigentliche Krankheit unseres Landes, und sie hat ihre Ursache ganz sicherlich im Lohnersatzsystem des Sozialstaats.

Agenda 2010

Die Agenda 2010 der Bundesregierung ist ein an sich richtiger Schritt. Die Abschaffung der Arbeits-

losenhilfe ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die Anspruchslöhne der Arbeitslosen fallen und dass zu niedrigeren Löhnen wieder mehr Stellen geschaffen werden können.

Das Problem ist jedoch die Regelung, dass die Niedriglöhne nicht unter das ortsübliche Vergleichsniveau fallen können. Sie war von den SPD-Linken in letzter Minute in das Gesetzeswerk eingefügt worden. Zu den ortsüblichen Vergleichslöhnen hat es schon in der Vergangenheit nicht genug Stellen gegeben. Daran wird sich in der Zukunft nichts ändern. Mehr Beschäftigung gibt es nur, wenn die Löhne fallen. Die Politik will dies „um den Deibel“ nicht wahrhaben. Dennoch führt an dieser einfachen Wahrheit kein Weg vorbei.

Die Bundesregierung setzt auf die Veränderung der Zumutbarkeitsregeln für den weiteren Bezug von Lohnersatz Einkommen. Arbeitslosengeld und Sozialhilfe werden gekürzt, wenn man den Abstieg in eine niedrigere Lohnstufe nicht akzeptiert. Der Manager wird Sachbearbeiter, und der Sachbearbeiter geht in die Poststelle. Alle Arbeitslosen werden gezwungen, abzustiegen, aber weil die Löhne in jeder Hierarchiestufe fixiert sind, wird es nirgends mehr Jobs geben. Stattdessen findet eine weitere Verdrängung der gering Qualifizierten statt. Die Arbeitslosigkeit konzentriert sich noch stärker auf den untersten Stufen der Leiter, als das ohnehin schon der Fall ist. Ich hoffe, dass dieser Unsinn vom Bundesrat gekippt wird. Das Modell des Bundesrats ist hier eindeutig die bessere Alternative. Ein Glück, dass wir ein föderales Sys-

tem haben, das die Regierungsvorschläge korrigiert.

Wenngleich der Umbau des Sozialstaats vom Rivalen zum Partner der privaten Wirtschaft bei weitem die wichtigste Reform ist, die die deutschen Arbeitnehmer brauchen, um mittelfristig wieder wettbewerbsfähig zu werden, so ist die Liste der notwendigen Reformen in unserem Land damit noch nicht erschöpft. Es gehören dazu weiterhin die verzögerte Integration von Zuwanderern in das Sozialsystem, eine Änderung des Tarifrechts, eine Erhöhung der Arbeitszeit, eine Steuerreform und eine fundamentale Erneuerung des Rentensystems.

Die Therapie

Deutschlands Wirtschaft bleibt vielleicht wettbewerbsfähig, weil sie zu einer Basar-Ökonomie mutiert, die die Waren, die sie in die Welt exportiert, in ihrem osteuropäischen Hinterland produzieren lassen kann. Aber die deutschen Arbeitsplätze verlieren ihre Wettbewerbsfähigkeit; etwa 4,5 Millionen Deutsche sind heute schon nicht mehr wettbewerbsfähig.

– Die Arbeitslosigkeit konzentriert sich in einem Maße bei den gering Qualifizierten, wie es in keinem anderen entwickelten Land zu beobachten ist. Dies ist die deutsche Krankheit. Um die Krankheit zu heilen, muss der Sozialstaat sich

vom Rivalen zum Partner der privaten Wirtschaft entwickeln. Lohnergänzung statt Lohnersatz ist die Devise für den neuen Sozialstaat. Damit wird die zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit notwendige Lohnflexibilität geschaffen.

- Die Kartellmacht der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände muss beschnitten werden. Die Betriebe müssen das Recht erhalten, sich durch untertarifliche Lohnsenkungen vor dem Konkurs zu retten, und zwar auch dann, wenn die in den Verbänden organisierten Konkurrenten das nicht gutheißen.
- Die Rentenversicherung muss aufgestockt werden, weil sie angesichts der wachsenden Zahl der Alten keine auskömmliche Renten mehr sichert. Kinderlose müssen zum Riester-Sparen verpflichtet werden, und Eltern müssen eine Kinderrente erhalten, die den zu erwartenden Rückgang des Rentenniveaus auffängt. Dann werden die natürlichen Anreize, Kinder in die Welt zu setzen, die die alte Rentenversicherung vertrieben hat, wieder gestärkt.

Das ist meine Analyse und mein Programm. Es ist das Programm eines Wissenschaftlers, der keiner Partei angehört und der auch nicht gewählt werden will, sondern der nur den Versuch unternommen hat, seine Gedanken und Einschätzungen zum ökonomischen Zustand seines Vaterlands darzulegen.